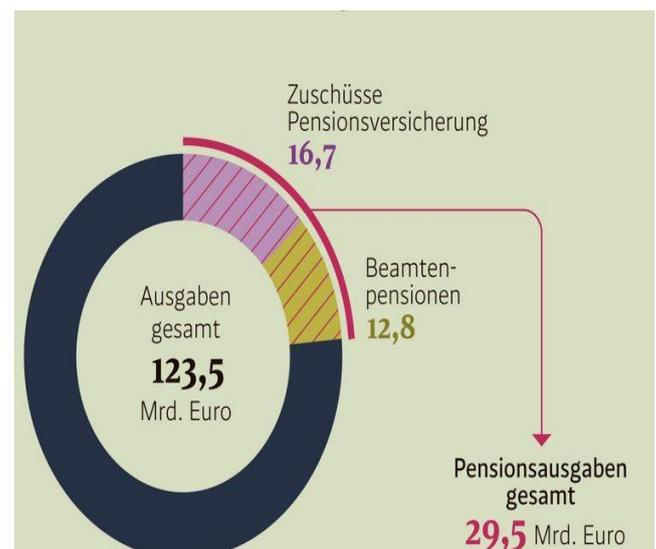


Alterssicherungskommission: Pensionskosten steigen noch stärker als bisher erwartet.

Radikale Reformvorschläge, um Pensionen zu sichern und das Generationsproblem zu lösen?

Und täglich grüßt das Murmeltier. Ein wenig ältere Leser:innen erinnern sich an den Film, in dem Bill Murray als sarkastischer Wetteransager in einer Zeitschleife festsitzt und somit immer wieder ein und denselben Tag durchlebt. Mit dem staatlichen Pensionssystem in Österreich scheint es genauso zu sein. **Seit Jahrzehnten weisen Experten auf die „statistischen Probleme“** des Umlage-Systems hin: Wir leben alle länger, arbeiten aber maximal gleich lang wie vor 50 Jahren, wodurch sich die Pensionszeiten (und -zahlungen) um 10 Jahre erhöht haben. Gleichzeitig kommen immer weniger Junge nach, die der zahlenmäßig größeren Baby-Boomer-Generation die Pensionen zahlen müssen. Da sich das nicht ausgehen kann, muss der **österreichische Steuerzahler das Defizit** des staatlichen Pensionssystems abdecken. Aktuell fließen (mit den Beamten-Pensionen) fast **30 Mrd. Euro** Jahr für Jahr – das ist ein **Viertel des Bundesbudget** - in die Altersversorgung.

Graphik: DER STANDARD



Die Herausforderungen: Kosten, Reformen und soziale Ungleichheiten

Die künftige Finanzierung des österreichischen Pensionssystems wird angesichts von nötigen **Sparpaketen** (zum Erinnern: Österreich hat selbst auf eine Verschärfung der EU-Defizit-Regeln gedrängt) Jahr für Jahr eine massive Herausforderung. Das zeigt auch das **aktuelle Gutachten, der Alterssicherungskommission**, das im November veröffentlicht wurde. Ergebnis: „Die Kosten drohen noch stärker zu steigen, als ohnehin schon befürchtet“, zitiert DER STANDARD.

Steigende Pensionskosten: Ein Generationenproblem

Die Alterssicherungskommission prognostiziert, dass bis 2029 die **Zuschüsse** zur Pensionsversicherung auf **22,1 Milliarden Euro** anwachsen werden. Das wäre eine Steigerung von **2,6 % auf 3,83 % des BIPs** (Bruttoinlandsprodukt). Treiber dieser Entwicklung sind unter anderem die hohe Inflation, großzügige Pensionsanpassungen in der Vergangenheit sowie die Pensionierung der Babyboomer-Generation. Zum Glück steigen gleichzeitig die Beamten-Pensionen nicht ähnlich stark an (wie jene der „Nicht-Staatsdiener“), was auf Reformen vor ca. 20 Jahren zurückzuführen ist, die deren Wachstum begrenzen. Trotzdem wird der Staat **7,2 % des BIPs** für Pensionen im Jahr 2029 auszahlen müssen.

ECO Austria / Agenda Austria: Radikale Reformvorschläge

Für Vertreter der Arbeitnehmer:innen und Pensionisten-Organisationen scheinen die Kosten tragbar, sie lehnen daher drastische Einschnitte wie eine Erhöhung des gesetzlichen Pensionsantrittsalters oder eine Begrenzung der Pensionsanpassungen seit Jahren strikt ab.

Im Gegensatz dazu sehen Reformbefürworter kleinerer Parteien „enormen Handlungsbedarf“. Angesichts einer alternden Gesellschaft und schrumpfender Beitragszahler sei ein **„weiter wie bisher“ nicht tragbar**, wird Johannes Gasser, Pensionsexperte der Neos im STANDARD, zitiert.

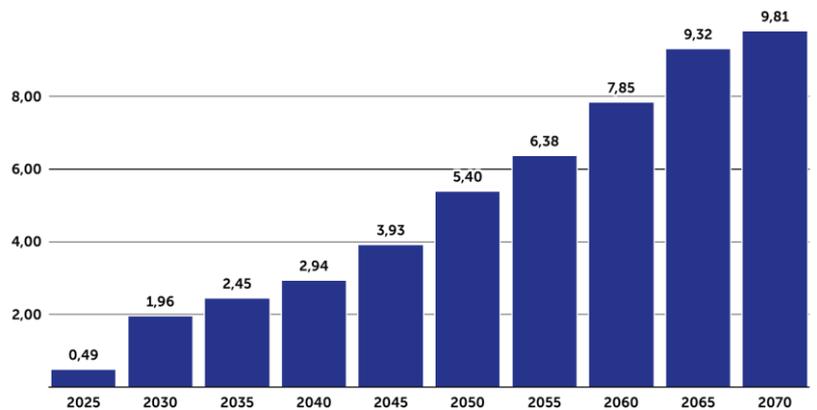
Auch das arbeitgebernahe Institut **ECO Austria kritisiert** die Untätigkeit der Politik und fordert tiefgreifende Maßnahmen in einer Studie – im Auftrag der Jungen Industrie – über Reformoptionen im österreichischen Pensionssystem“.

Laut den Experten soll das **Pensionsantrittsalter an die steigende Lebenserwartung gekoppelt** werden, um die Zeitspanne im Ruhestand zu verkürzen und die Kosten zu reduzieren. Diese Maßnahme könnte ab 2025 **jährlich 2 Milliarden Euro einsparen**. 2070 sogar fast 10 Mrd. €. Weiters schlägt ECO Austria vor, die jährlichen Pensionsanpassungen **unter der Inflationsrate zu deckeln**, um kurzfristig finanzielle Spielräume zu schaffen.

Graphik: Agenda Austria

Was die Koppelung des gesetzlichen Pensionsantrittsalters an die Lebenserwartung bringt

– jährliche Einsparungen, in Milliarden Euro



Quelle: Agenda Austria, Alterssicherungskommission.
Anmerkung: In 2024er Preisen.



Und: „Wir versenken Jahr für Jahr die gesamten Lohnsteuereinnahmen im Pensionsloch. Aber nichts geschieht. Das Pensionssystem muss endlich an die Lebenserwartung gekoppelt werden“, sagt Agenda Austria-Ökonom Dénes Kucsera. Und: „Ohne Reformen im Pensionsbereich werden die kommenden Generationen einen Sozialstaat übernehmen, den sie nicht mehr finanzieren können.“

Die **neue Alterssicherungs-Kommissionsleiterin Christine Mayrhuber**, Ökonomin am Wirtschaftsforschungsinstitut (Wifo), betont, dass neben einer Erhöhung des Pensionsantrittsalters die Erwerbsbeteiligung älterer Arbeitnehmer:innen entscheidend sei, um das System zu entlasten. Und sie bringt zwei wichtige Aspekte in die Diskussion ein.

Ansatzpunkte für ein „breiteres Denken in der Altersfinanzierung“

Neben der Reform des Pensionssystems sieht Mayrhuber weitere Ansatzpunkte, um die Altersvorsorge zukunftsfähig zu gestalten. Dazu zählt die **Optimierung der „Abfertigung neu“**. Die in diesen Vorsorgekassen angesparten Gelder – aktuell rund acht Milliarden Euro – könnten am Kapitalmarkt besser veranlagt werden, um höhere Renditen zu erzielen. Zudem fordert sie mehr **Transparenz und z.B. ein Informationsschreiben**, damit Arbeitnehmer:innen wissen, wie sie dieses Geld für ihre Altersvorsorge nutzen können.

Auch die Jugend müsse stärker in die Diskussion eingebunden werden. Mangelnde Finanzbildung sei ein großes Problem, das verhindert, dass junge Menschen frühzeitig Vorsorgemaßnahmen ergreifen. Ein **abreifender Bausparvertrag** könnte ein guter Ansatzpunkt sein, um den jungen Menschen durch eine Beratung Wege für eine früh beginnende Eigenvorsorge aufzuzeigen.

Frauen und Altersarmut: Rechtzeitige Vorsorge nötig!

Einen besonders besorgniserregenden Aspekt des österreichischen Pensionssystems sieht Mayrhuber in der hohen Gefahr der Altersarmut bei Frauen. Der „Gender Gap bei den Pensionen“ sei die „Spitze des Eisbergs“, der sich aus dem „Einkommens-Gap“ ergebe. Gemeint ist, dass Frauen im Schnitt deutlich geringere Pensionen erhalten, weil sie geringere Gehälter hatten, dazu noch unterbrochene Erwerbsbiografien durch Kinderbetreuung und Pflegearbeit.

Niedrigere Einkommen, weniger Versicherungsmonate bedeuten zwangsläufig geringere Pensionen. Dazu Mayrhuber im Versicherungsjournal: „Unser staatliches Pensionssystem kann diese strukturellen Ungleichheiten nicht kompensieren, nur marginal abmildern“.

Da Veränderungen im Pensionssystem „das Bohren realpolitischer Bretter sei“ (also lange dauern) spiele das **„Thema rechtzeitige Vorsorge gegen Altersarmut eine wichtige Rolle“**. So Mayrhuber. Eine deutliche Aufforderung **für Sie werte Beraterin, werter Berater**: Es ist Ihre Aufgabe besonders Frauen auf die Konsequenzen von „Gender Gap und Pension Gap“ hinzuweisen und den typisch menschlichen Verdrängungsmechanismus zu durchbrechen. Denn: Frauen sollten sich nicht auf die Pension des Gatten verlassen, sondern sich früh und besser über private Vorsorgemöglichkeiten informieren. Nur so kann Armut im Alter verhindert werden.

Quellen: DER STANDARD, Versicherungsjournal, Agenda Austria, ECO Austria Studie „Reformoptionen im österreichischen Pensionssystem“.

Interessante Links: Die Gutachten der Alterssicherungskommission [finden Sie hier...](#)
Den Endbericht „Reformoptionen im österreichischen Pensionssystem“ [hier...](#)